

GEDANKEN AUS DER CHEFREDAKTION



Signale aus Rust

Die Vorbereitungen für den Deutschlandtag 2008 im südbadischen Rust laufen auf Hochtouren - die Delegierten und Gäste erwartet vom 7. bis zum 9. November ein ereignisreiches Programm: Neben den Neuwahlen des Bundesvorstands wird über den Leitantrag „Handeln. Chancen schaffen“ und die inhaltliche Ausrichtung der Union diskutiert. Hier wird die JU ein Signal setzen: Unser Profil als Partei der Sozialen Marktwirtschaft muss im Wahljahr 2009 deutlich werden!

Ein besonderer Höhepunkt der Ausgabe ist sicherlich das Interview mit CSU-Urgestein Wilfried Schornagl zum Ausgang der Bayern-Wahl, dem Profil der Union und seinen Erfahrungen mit Franz Josef Strauß.

Eine vergnügliche Lektüre wünscht die Chefredaktion
Dr. Stefan Ewert & Sidney Pfannstiel

KOLUMNE

„Den Senf dazu“ von Sidney Pfannstiel



Irgendwann Anfang Oktober kippte irgendwer literweise rote Farbe über die großen Anzeigentafeln der weltweiten Börsenplätze. Die listigen Bankiers und ihre Freunde, die

spaßigen Hedgefondsmanager, bewiesen daraufhin ihr ausgesprochenes Geschick als effizienteste Massenvernichtungswaffe für Geld jeder Couleur.

Nun sehnt sich der Globus wieder nach ein wenig mehr Ordnung. Eine der ältesten Demokratien der Welt ist gefragt. Die USA. Dort sucht man jemand, der nach Möglichkeit als Kind nicht mit seinem Vater zur Jagd war. Und genau hier wird es auf dem Weg zur US-Wahlkabine brenzlich: Der eine Kandidat brachte beherzt Vietcong zur Strecke, bis er fast selbst erlegt wurde, der andere verbrachte seine Kindheit zeitweise im weniger beschaulichen Indonesien von Diktator Suharto. Auch schwierig. Die Welt also wird einen neuen Kopf bekommen - was dieser dann seinen Händen befiehlt, dürfte weiterhin auf den Anzeigentafeln abzulesen sein...

sidney@entscheidung.de

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG



Lesen, wie die Schwarzen denken: Seit über 50 Jahren ist DIE ENTSCHEIDUNG das Magazin der Jungen Union Deutschlands: Alle 2 Monate aktuelle politische Informationen aus dem Verband und für den Verband - und das ab 10,- Euro im Jahr! Abonnieren lohnt sich unter



POLITSPIEGEL

Janus Lafontaine



Offenbar leidet Oskar Lafontaine, Vorsitzender der SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“, an einer besonderen Form postsozialistischer Amnesie. Hatte er als Chef der Sozialdemokraten 1996 das Schweigen der PDS zur Zwangsvereinigung zwischen SPD und KPD noch wortreich kritisiert, bestreitet er heute, dass die SED 1946 unter Zwang gegründet worden ist. Man darf gespannt sein, mit welchen Weisheiten er uns demnächst beglückt. Vielleicht mit dem Hinweis, Honecker habe überhaupt nicht existiert und eine Mauer sei nie gebaut worden?

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

TITEL

Soziale Marktwirtschaft in Gefahr?



Klar ist, dass auch in Deutschland die Soziale Marktwirtschaft unter Rechtfertigungsdruck geraten ist. Kann das bisherige Erfolgsmodell, das Ludwig Erhard im Frühsommer 1948 als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Zuge der Währungsreform dank der Abschaffung der Zwangsbewirtschaftung und der Preisbindungen schuf, weiterhin der Garant künftigen Wohlstands sein?

In den Augen größerer Bevölkerungsteile nicht mehr, wie eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach bereits im Sommer dieses Jahres ergab: 38 Prozent der Bürger hätten „keine gute Meinung“ von der deutschen Wirtschaftsordnung, nur noch 31 Prozent „eine gute Meinung“. Eine Befragung im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken zum selben Zeitpunkt zeichnete ein ähnliches Bild, wonach nur noch jeder Zweite (52 Prozent) davon überzeugt sei, die Soziale Marktwirtschaft habe sich bewährt. Im Jahr 2000 lag die Zufriedenheit noch bei 70 Prozent. Und diese Aussagen wurden wohlgerne vor der Bankenkrise getätigt!

Kaum verwunderlich ist es daher, dass in dieser Phase des nachlassenden Vertrauens in die Selbstregulierungskräfte des Marktes der Ruf nach mehr staatlichen Interventionen lauter wird. Wie ebenfalls Allensbach herausfand, war vor drei Jahren nur ein Viertel der Bürger der Meinung, der Staat greife zu wenig in die Wirtschaft ein, mittlerweile sind es 37 Prozent. Dass diese Haltung vor allem bei Anhängern der SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“ weit verbreitet ist, liegt nahe. Zwar handelt es sich um eine Minderheit, doch die Auswirkungen auf das demokratische System werden deutlich. [...]

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

DLT|08

„Handeln. Chancen schaffen.“



Ein klares Profil ist das Markenzeichen der Jungen Union. Damit müssen auch die Wahlkämpfe des kommenden Jahres bestritten werden, allen voran die Bundestagswahl.

Beim Deutschlandtag beginnt die JU die innerparteiliche Diskussion - im Leitantrag „Handeln. Chancen schaffen.“ sind die Ziele deutlich benannt: Zum einen eine programmatische Abgrenzung der Union von der politischen Linken vorzunehmen und zum anderen die strategische Positionierung der Union im Wahljahr herauszuarbeiten.

Im Fokus stehen die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Mittelschicht als mehrheitlicher Teil der Bevölkerung in Deutschland und die Aufwertung ihres politischen und kulturellen Stellenwerts. Diese Orientierung an der breiten und differenzierten Mitte ist aber keine bloße taktische Aufstellung für das Wahljahr 2009: Sie entspringt vielmehr dem Selbstbild sowie der gewachsenen Identität von CDU und CSU. Dies macht die Union zur einzigen echten und integrierenden Volkspartei. [...]

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

PORTRÄT

„Ich wollte mitmischen!“



Hermann Gröhe erinnert sich: „Schon während meiner Schulzeit brauchte mir niemand zu erzählen, die DDR sei das bessere Deutschland.“ Seine Eltern waren drei Jahre vor seiner Geburt 1961 aus der DDR an den Niederrhein geflohen. „Ab 1969 konnten wir wieder zu Besuchen in den Osten reisen, bei denen wir die Medikamente für meine schwerkranke Großmutter im Pulver für Kartoffelpüree

versteckten. Noch heute erinnere ich mich an die Maschinenpistolen und Schäferhunde der DDR-Grenzer.“ So war es einige Jahre später nicht verwunderlich, dass der Gymnasiast Gröhe wenig mit Lehrern anfangen konnte, die mit der DKP zusammenarbeiteten. Schulstreiks aus Protest gegen den Vietnam-Krieg gehörten selbst an seinem konservativen Gymnasium in Neuss zur Tagesordnung. „Somit war Polarisierung geradezu vorgegeben“, so Gröhe, „und ich wollte mitmischen.“ Frühzeitig engagierte er sich in der Basisgruppe der Schüler Union an seinem Gymnasium, die bald mehr als 100 Mitglieder hatte. In der linksdominierten Bezirksschülervertretung mussten die seltenen Mehrheiten hart erkämpft werden. Rat, worauf bei der Gegenseite zu achten sei, erhielten Gröhe und seine Mitstreiter von einem langhaarigen Westfalen namens Mike, dem späteren sächsischen Staatsminister Michael Sarguna. Wenige Wochen vor Gröhes 16. Geburtstag wurde er (damals noch aufgrund seines Alters satzungswidrig) in den Stadtverbandsvorstand der Jungen Union Neuss gewählt - die Vorsitzende hieß Annette Schavan. [...]

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

AKTIV

„Jugend in NRW“



lautete das Motto des 41. Landestages der JU Nordrhein-Westfalen in Paderborn. Im Mittelpunkt stand der gleichnamige Leitartikel, in dem sich die JU mit den persönlichen und beruflichen Perspektiven der Jugendlichen in den Bereichen Schule und Bildung, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt sowie Zuwanderung und Integration auseinandersetzte.

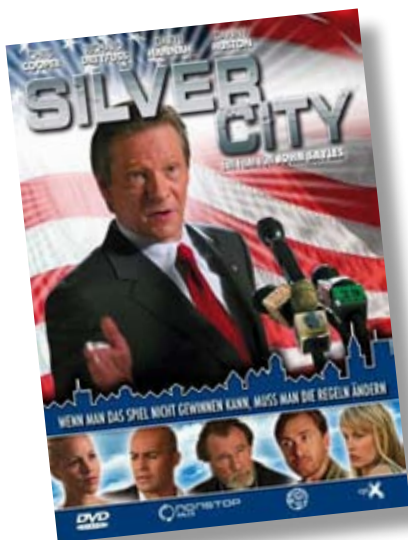
„Wir sind die Jugend im Land und gestalten unsere Zukunft politisch mit. Die 33.900 Mitglieder der JU NRW haben - ebenso wie die vielen anderen Jugendlichen in NRW - unterschiedlichste Interessen und Vorstellungen bezüglich ihrer Lebensplanung. Diese gilt es zu artikulieren“, sagte der Landesvorsitzende der JU NRW, Sven Volmering. Ausdrücklich stimmten die Delegierten für die Wiederein-

führung der Pendlerpauschale und beschlossen, sich für eine ideologiefreie, pragmatische Energiepolitik einzusetzen, in der die Kernenergie heute und in Zukunft einen festen Platz hat. Darüber hinaus will sich die JU auf Antrag des Kreisverbandes Bielefeld verstärkt für eine bedarfsgerechte Regelung der Tagungszeiten kommunaler Gremien einzusetzen, um die oftmals problematische Kollision von Arbeitszeit und Sitzungsbeginn zu verhindern. Neben dem nordrhein-westfälischen Innenminister Dr. Ingo Wolf MdL (FDP) sowie dem kroatischen Minister für Kultur, Bozo Biskupic, konnte der hessische Ministerpräsident Roland Koch MdL begrüßt werden, der zu den 400 Delegierten und Gästen über das Thema „Hessen und NRW - zwei starke Partner“ sprach. „Die Junge Union darf die CDU nicht in Ruhe lassen. Eine Partei lebt von der Diskussion. Und gerade in der Auseinandersetzung mit der Linkspartei müssen wir uns intensiv der Kommunikation unserer eigenen Ziele stellen“, appellierte Koch.

Einstimmig wurde zudem der JU-Bundesvorsitzende Philipp Mißfelder für das Präsidium der CDU Deutschlands nominiert. Sven Volmering bekräftigte: „An Philipp Mißfelder führt hier kein Weg vorbei. Er hat mit seiner Arbeit in den vergangenen Jahren gezeigt, dass er die Interessen der jungen Generation durchsetzen kann und wir können uns sicher sein, dass er auch im CDU-Präsidium das Sprachrohr unserer Interessen sein wird.“

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

* * *



SEPTEMBER/OKTOBER-AUSGABE

Verlosung

Agnes Chudy, 55490 Henau • Ralph Edelhäuser, 91154 Roth • Lena Kuchheuser, 53773 Hennef • Maurice Müller, 66957 Vinningen • Eike Paulun, 30159 Hannover • Julia Schlang, 50189 Elsdorf • Klaus Stöckel, 67550 Worms • Daniel Wolz, 55566 Bad Sobernheim

